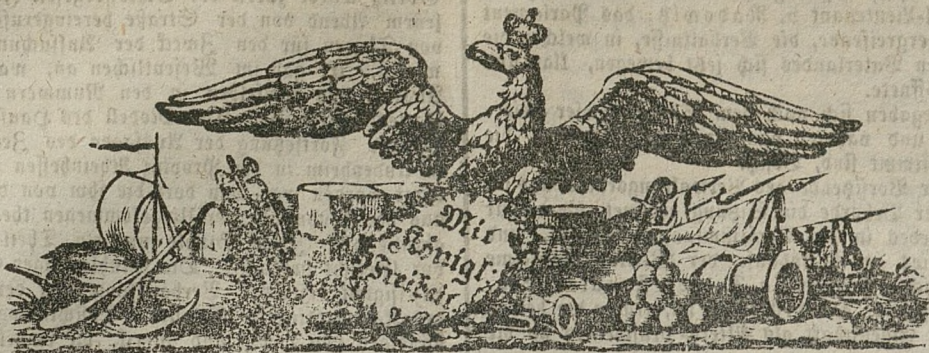


Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle (resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Expedition: Krautmarkt No. 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 69. Freitag, den 23. März 1850.

Da mit dem 1. April 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1 1/2 Sgr., frei ins Haus geliefert 2 1/2 Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet. Die Redaction.

Berlin, vom 22. März.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Begewärteter Fischer in Regierungs-Bezirk Minden das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Rektor und interimistische Dirigent des hiesigen Seminars für Stadtschulen, Merget, ist zum Direktor der höheren Töchterschule auf der Friedrichstadt hier und der damit verbundenen Bildungs-Anstalt für Lehrerinnen ernannt worden.

Der Lehrer Jungklaas von der höheren Töchterschule in Stettin ist zum Direktor des evangelischen Schullehrer-Seminars in Steinau ernannt worden.

Deutschland.

Berlin, 21. März. Ueber die Thronrede des Königs von Württemberg ist das Urtheil der Berliner Presse ziemlich einmüthig. Die Boffische Zeitung sagt: Zunächst ist Preußen allerdings daran Schuld, daß der König von Württemberg es wagen darf, so zu sprechen. Er stände längst nicht mehr an dem Ort, von welchem sich's so sprechen läßt, wenn nicht Preußen zur rechten Zeit geholfen hätte; die Demokratie, vor welcher er sich so tief gedemüthigt, hätte ihn längst verschlungen, sie würde auch jetzt ihre Flammen erheben, wenn nicht die preussische Armee noch immer in Baden stände. Dazu noch die Oesterreicher in Vorarlberg, und wie gut läßt sich's sagen: die Umsturzpartei hat keine Wurzel in Württemberg. Wäre übrigens diese Partei in Württemberg wirklich so schwach, um wie viel schwachvoller, sich vor ihr so tief gebeugt zu haben!

Wir fragen überdies, ob ein König von Napoleons Gnaden wohl so tapfer seine Souveränitätsrechte würde verteidigen können, wenn Preußen damals die ihm vom deutschen Volk angetragene Kaiserkrone angenommen hätte. Aber es schlug sie aus, es lehnte sie ab: o dies vordringliche anmaßliche Preußen!

Derselben Gedanken spricht die Spenerische Zeitung in anderen Worten aus: „Die württembergische Regierung muß sich wirklich seltsam überrascht finden dadurch, daß es Ernst wird mit der Waierversaffung, wenn sie zu solchem Eifer, zu solcher schneidenden Sprache sich hinreißen läßt. Solche Reden wagt eine Regierung gegen Preußen zu führen, die ihre precäre Existenz nur diesem Staate verdankt, und die nicht weiß, ob sie nicht morgen schon fremde Intervention gegen die Demokraten im eigenen Lande requiriren muß!“

Die „Constitutionelle Zeitung“ kommt noch einmal auf diese Rede zurück: „Gewiß ist“ — sagt sie — „daß unter allen größeren deutschen Staaten, welche mitgewirkt in dem Vorpiel zur Neugestaltung Deutschlands, Preußen allein die Rolle des Ehrlichen spielt.“

Die „Neue Preussische Ztg.“, welche bekanntlich seit längerer Zeit in einer Reihe von Artikeln die Gebrechen der jetzigen Geschwornengerichte beleuchtet hat, läßt heute dem Institut an und für sich eine günstigere Beurtheilung zu Theil werden, freilich aus einem überraschenden Grunde:

„Das Institut des Geschwornengerichts — so gesteht sie — hat an sich nichts Verwerfliches, und wenn wir dessenenwegen unsere Schwurgerichte auf das Entschiedenste bekämpft haben, so liegt der Grund lediglich in dem Stempel und der Ueberschrift, welche ihnen die Revolution aufgedrückt hat. Es könnte auf den ersten Anblick so erscheinen, als ob die Geschworenen in demselben Grade überflüssig, ja bedenklich würden, als sie einen eigentlich richterlichen Charakter erhielten, da für eine richterliche Thätigkeit stets gelehrte Richter vor ungelehrten den Vorzug verdienen möchten, auch die altheimischen Schöffengerichte, auf welche man sich so gern beruft, keinesweges aus Laien zusammen gesetzt waren; indes sind unsere gelehrten Richter der Mehrzahl nach leider nicht von der Art, um ihnen unbedingt den Vorzug geben zu können. In einer abstrakten Theorie geschult und, so zu sagen, nur für das Examen und das Nummer-Register erzogen, sind sie den concreten Gestaltungen des Lebens mehr oder

weniger entfremdet, und mußten sich deshalb, schon lange bevor die Revolution ihre ausschließliche Herrschaft verwarf, gefallen lassen, daß die wichtigsten Entwicklungen der Gegenwart — wir erinnern nur an die Agrar-Gesetzgebung und die überall beliebten Schiedsgerichte — aus ihren Händen in die Hand der Verwaltungsbehörde gelegt wurden.“

Die moralische Begründung, welche das Blatt diesem Institute angedeihen läßt — nämlich die revolutionaire Theorie der Gesetzgebung mit der im Volke lebendigen Reaktion zu vermitteln — ist aber, wenn sie überhaupt für eine solche gelten könnte, schlimmer, als gar keine.

Berlin, 21. März. Die Abtheilung des Kultus-Ministeriums für die inneren evangelischen Kirchen-Angelegenheiten ist jetzt mit der Ausarbeitung einer Kirchen-Verfassung beschäftigt. Sobald die nöthigen Vorarbeiten vollendet sind, wird, wie wir hören, eine Synode zusammenberufen werden, da diese nach den betreffenden Paragraphen in der Verfassungs-Urkunde und den Verheißungen Sr. Majestät des Königs unerlässlich ist, um die neue Kirchen-Verfassung zu beraten und zur praktischen Ausführung zu bringen. Da bis jetzt außer in den Rheinlanden noch keine Kirchen-Verfassung existirt, und somit über die Art und Weise der Synodal-Wahlen noch keine Bestimmungen festgesetzt sind, so dürften auch diese Wahlen nicht nach Kopfszahl, sondern nach dem Grundsatz der Gradation vorgenommen werden. Angesichts der traurigen religiösen Verwirrungen und Verirrungen in unseren Tagen bedarf es wohl kaum der Bemerkung, von welcher Wichtigkeit die einzuberufende Synode sein wird, und ist es allen Wohlmeinenden aus Herz zu legen, bei Erscheinung der Aufforderung zur Wahl ja keinen Augenblick zu versäumen, diese Angelegenheit in ihre Hand zu nehmen, damit eine Synode zu Stande komme, welche weder aus Pietisten noch Sectirern, sondern aus wahrhaft religiösen Männern besteht.

— In Dresden, sowie überhaupt in Sachsen, soll man, nach Mittheilungen von Reisenden, fortwährend besorgt sein, daß es dort im April oder im Mai wieder zu unruhigen Auftritten kommen werde.

— Wir hören, daß von den Maschinenbau-Arbeitern, welche am 18. März ihre Arbeit eingestellt haben, die auswärtigen ausgewiesen, die ausländischen aber mit Zwangsgrößen über die Grenze geschickt werden sollen.

— Der Vorstand des Frauen-Vereins zur Abhilfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Handwerkern sagt für das von Fräulein Jenny Lind am 8. d. M. zum Besten seines Fonds veranstaltete Konzert derselben seinen Dank. Der Ertrag des Konzerts betrug nach Abzug der Kosten, incl. der Geschenke Sr. Maj. des Königs, Ihrer Maj. der Königin, der Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses (39 Friedrichs'dor und 4 Dukaten) 1920 Thlr. 20 Sgr.

— Die britische Nationalschuld beträgt in runder Summe 800 Millionen Pfd. St. Der Punch sagt: „Kein Engländer stirbt eigentlich arm; denn er hinterläßt seinen Antheil an der Nationalschuld seinen Kindern.“ (N. Pr. 3.)

Erfurt, 20. März. Der Morgen dieses in der Geschichte unseres deutschen Vaterlandes so denkwürdigen Tages wurde von dem hiesigen großen Sängerbunde durch den auf der erhabenen Terrasse des Domes angestimmten Choral: „Brich an du schönes Tageslicht!“ feierlich begrüßt, und dieser Gruß durch Absingung eines vaterländischen Liedes vor dem Regierungsgebäude wiederholt. Mehrere hundert Mitglieder des Bundes durchzogen mit ihren Abtheilungsfahnen die Stadt, nahmen auch ihren Weg vor dem Parlamentshaus vorüber, und gaben dadurch der feierlichen Stimmung der Einwohner die nächste Anregung.

Um 10 Uhr Vormittags rief das allgemeine Kirchengeläute nicht nur die Abgeordneten des Parlaments, sondern auch den größten Theil der Einwohnerschaft in das Gotteshaus. Die weiten Räume der noch in ihrer Restauration begriffenen prachtvollen Barfüßerkirche nahmen die Bekenner evangelischer, die Räume der Augustinerkirche die der katholischen Konfession in so bedeutender Zahl auf, daß auch nicht ein Platz übrig war. In der katholischen Kirche wurde der Gottesdienst durch ein Hochamt cele-

berirt, während in der evangelischen Kirche nach abgehaltener Liturgie der Konsistorialrath Schieße die Predigt über den biblischen Text: „die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang“ mit derjenigen Begeisterung hielt, welche die Wichtigkeit des Augenblicks so vollkommen rechtfertigt.

Nach beendeten Gottesdienst begaben sich die Abgeordneten beider Häuser in das Regierungsgebäude, in dessen großem Saale der Vorsitzende des Verwaltungsraths, General-Lieutenant v. Radowiz, das Parlament der deutschen Union durch eine ergreifende, die Verhältnisse, in welchen die Angelegenheiten unsers deutschen Vaterlandes sich jetzt bewegen, klar und umfassend darlegenden Rede eröffnete.

Sämmtliche Abgeordnete begaben sich nach dem Schlusse dieser Feierlichkeit in das Parlamentshaus und nahmen von denjenigen Räumen, die für jedes der beiden Häuser bestimmt sind, Besitz.

Nachdem im Volkshause der Vorsitzende des Verwaltungsraths und im Staatenhause ein Mitglied dieser Behörde die Sitzung eröffnet, wurde zur Ermittlung des ältesten Mitgliedes in der Versammlung geschritten, und nachdem sich festgestellt, daß dies im Volkshause der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Appellationsgerichts-Präsident a. D. von Frankenberg, und im Staatenhause der Minister a. D. Eichhorn sei, traten die beiden genannten Abgeordneten in der Eigenschaft als Alters-Präsidenten an die Spitze der resp. Versammlungen.

Beiden Häusern wurde, nachdem zuvor noch die 4 jüngsten Mitglieder in jedem Hause ermittelt und diese das Schriftführeramt übernommen, diejenigen Gesetzesvorlagen übergeben, die zunächst Gegenstand der Berathung sein sollen.

Es wurden ferner durch das Loos die Mitglieder der Deputationen bestimmt und durch Beschluß festgestellt, daß die Alters-Präsidenten noch einige Tage die provisorische Leitung der Geschäfte in der Hand behalten möchten, bis beide Häuser sich in ihren Mitgliedern noch mehr vervollständigt haben werden. (Nach ändern hier eingegangenen Nachrichten soll fürs Staatenhaus bereits R. v. Auerwald zum provisorischen Präsidenten erwählt worden sein.)

Es erfolgte der Schluß in beiden Häusern und das Volkshaus be- raumte seine nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr an, während die nächste Sitzung des Staatenhauses unbestimmt blieb.

Magdeburg, 19. März. Aus ganz zuverlässiger Quelle können wir berichten, daß alle in den Zeitungen enthaltenen Nachrichten über Truppensendungen nach Erfurt während des dortigen Reichstages durchaus aller und jeder Begründung entbehren, daß eine Verstärkung der dortigen Garnison nicht beabsichtigt und nicht stattfinden wird, wenn keine besonde- ren, nicht vorherzusehenden Umstände dies erheischen, und daß eine Zu- sammenziehung in dortiger Gegend weder angeordnet noch ausgeführt wor- den ist. (M. C.)

Köln, 18. März. Die Frau Prinzessin von Preußen Königl. Hoheit kam gestern Abends mit dem Berliner Zuge hier an und begab sich alsbald mit einem Extrazuge nach Bonn, wo sich auf dem Bahnhofe ihr von Koblenz eben eingetroffener Gemahl, der Prinz von Preußen Kö- nigliche Hoheit, und ihr Sohn zu ihrem Empfange eingefunden hatten. (K. Z.)

Vor einigen Tagen trafen der Adjutant Miroslawski's, Heynen, und drei andere Gefangene von Rastatt hier ein, um ihre Strafe abzu- büßen. Ersterer, der zu 20 Jahren Gefängniß verurtheilt sein soll, er- krankte bald nach seiner Ankunft, und ist nun dem Militair-Jagareth über- geben worden. (Düsseldorf. Z.)

Koblenz, 18. März. Heute Abend werden der Prinz und die Prinzessin von Preußen zusammen hier eintreffen und festlich empfan- gen werden. Die Schloßstraße sowie die Neustadt werden illuminirt sein, und von dem Militair ein großer Zapfenstreich ausgeführt werden. (B. Z.)

Düsseldorf, 20. März, 3 Uhr Nachmittags. Von den 24 vor den Assisenhof gestellten Mai-Angeklagten wurden so eben 12 für nichtschuldig nach 8 für schuldig erklärt und die Letzteren zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Hannover, 15. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kam- mer ist ein Postvertrag mit Preußen vorgelegt, der zwischen den Bevoll- mächtigten beider Staaten, von preussischer Seite Geh. Postrath Wegner, von hannoverscher Postrath Friedland, verabredet ist. Die Minister geben nun den Ständen anheim, sich mit diesem Vertrage einverstanden zu er- klären und zwar möglichst bald, damit im Falle ihrer Zustimmung dieser Vertrag am 1. Juli in Kraft treten kann. Durch den Vertrag wird das Postwesen beider Staaten wesentlich vereinfacht, namentlich in Beziehung auf das Porto. (St.-Anz.)

Sels, 16. März. Der Gymnasiallehrer Köster, einst Abgeordneter in Frankfurt und bekanntlich von der Festung Hohenasperg entflohen, hat von Bern aus dem hiesigen Gymnasial-Curatorium seine Dimission über- schickt mit dem Antrage, ihm sein rückständiges Gehalt vor seiner Abreise nach Amerika den 1. April c. zu übersenden. (D.R.)

Herrschaft Lauenstein, 16. März. Unsere böhmischen Nach- baren behaupten, daß für diesen Monat der Durchmarsch österreichischer Truppen nach Sachsen in ihren Orten bereits angesagt worden sei. (D. Z.)

Gotha, 17. März. Am 14ten v. M. wurde hier auf ihrem Zim- mer im Gasthose die dramatische Künstlerin Frau Wilhelmine Schröder- Devrient mit einem liebvollenden Gutsbesitzer v. Bock getraut. Es ist dies die vierte Vermählung dieser Dame und ihre früheren Männer sind noch alle am Leben.

Weimar, 18. März. In Thüringen scheint ein ordentliches Aus- wanderungsieber Platz greifen zu wollen. Kaum daß die Strahlen der Frühlingssonne auf die schneeigen Gefilde hernieder schauen, so rüsten sich auch schon Tausende, ich sage Tausende, zur Auswanderung nach Amerika. Die Grundstücke werden um jeden Preis losgeschlagen und es wird dies jedenfalls auf den Werth der wachsenden Grundstücke sowohl, als auf Häu- ser und andere Besitzthümer von nachtheiligem Einflusse sein. Nach einem Bericht der in Thüringen weit verbreiteten „Bürgerzeitung“ langten in Rudolstadt allein am 17ten v. M. aus dem Amtsbezirke Oberweißbach drei Wagen voll Auswanderer an, um unter der Aufsicht G. Fröbels, des Herausgebers der Auswanderungszeitung, sich nach Hamburg und von da nach Amerika zu begeben, während sich an demselben Tage eine bedeutende Zahl Auswanderer aus den weimarschen Gebietstheilen in gleicher Absicht

eingefunden hatte. Hier sprach der Pfarrer Weinig aus Mellingen noch einige herzliche Worte des Abschieds zu den Auswanderern, worauf sie er- griffen aber gefaßt die Wagen bestiegen, um vielleicht nie wieder nach Deutschland zurückzukehren. (B. Z.)

Darmstadt, 16. März. In der heutigen Assisenung im Prozeß Görlich wurde zuerst der Schloßergesell Johann Seiz vernommen, der an jenem Abend von der Straße hereingerufen wurde, um durch Eröffnung von Thüren für den Zweck der Auffindung der unglücklichen Frau mitzu- wirken. Er gab im Wesentlichen an, was schon der Ankläger und der Auszug aus demselben in den Nummern 54 bis 56 des „Conversations- blattes“ mittheilte. Das Modell des Hauses wurde für diese Vernehmung benützt. Fortsetzung der Aussagen des Zeugen Kutschers Schämb, jetzt in Lindenheim in der Provinz Rheinhesen wohnhaft, der vorgestern beauf- tragt worden war, von dort die ihm von dem Grafen überlassenen Möbel aus der Wohnstube der Ungekommenen theilweise zur Untersuchung hierher abzuliefern. Zwei Stühle und ein Theil des Sopha- Ueberzugs werden vor Gericht gebracht. Die Stühle zeigen Spuren, wie von einer ägenden Flüssigkeit bespritzt. Verhandlung über deren Identität, unter Beiziehung des Kammerdieners Schiller. Besichtigung derselben durch die Sachver- ständigen von Liebig und Merck, die eingeladen wurden, die Untersuchung demnächst zum Zweck der Abgebung ihres Gutachtens vorzunehmen. Ver- nehmung des Zeugen Schämb durch den Präsidenten, einen Geschwornen, den Staatsanwalt und den Anwalt des Johann Stauff. Dieser legte erbitet sich das Wort, um den Präsidenten zu ersuchen, er möge den Zeu- gen fragen, ob der Zeuge sich nicht einmal eines sehr heftigen Ausdrucks gegen die Gräfin bedient habe, die dadurch veranlaßt worden sei, sich bei ihrem Gatten zu beschweren und ihn acht Tage lang nicht für den Dienst des Ausfahrens zu verwenden. Zeuge gesteht dieses ein und verbindet damit eine Refrimination, die den Angeklagten verleitet, den Zeugen einen Lügner zu nennen, was ihm einen Verweis des Präsidenten, unter Andro- hung der Abführung bei Wiederholung, zuzieht. Dr. v. Siebold fragt den Kammerdiener Schiller, der vorgelassen worden war, um als Zeuge zwischen Schämb und Stauff zu dienen und jenen Vorfall bekundet, ob er in den durch den Brand des Schreib-Sekretärs und des Stubenbodens unter demselben erwachsenen Kohlen Theile der Leiche der Gräfin gefunden habe, was derselbe mit der Bemerkung verneint, daß er, ob er gleich es an Sorgfalt nicht habe fehlen lassen, seine Aufmerksamkeit nicht darauf gerich- tet habe. Medizinalrath Merck hat in den von ihm durchsuchten Kohlen nichts der Art gefunden. Medizinal-Direktor Graff hebt hervor, was die Besichtigung der Leiche als an Knochen fehlend gezeigt habe (nur Weniges), erklärt, es sei möglich gewesen, daß man gleich Anfangs habe Spuren finden können, und erachtet das Finden durch Laien als schwierig. Die weitere Frage des Dr. v. Siebold, ob Zeuge Schiller Spuren verbrann- ten Papiers in den Kohlen gefunden, verneint derselbe. Von den Aussagen des Zeugen Schämb haben sich folgende hervor: Stauff habe sich geäu- fert, er könne die Gräfin (ihre Leiche) um aller Welt willen nicht sehen. Von demselben habe er die Bemerkung vernommen: die Gräfin verwahre ihre Pretiosen in dem Schreibsekretair, wo sie auch ihre Staatspapiere aufhebe. Von den acht Päckchen mit Streichhölzern, welche Stauff noch kurz vor dem Ableben der Gräfin besessen, seien gleich darauf nur noch höchstens zwei, und zwar verfault, vorhanden gewesen; die Gräfin habe zum Schreiben ihren Tisch im Kabinett neben der Wohnstube benutzt; am Schreibsekretair (Kannig) in letzterer habe sie sich nur Notizen gemacht, die in Beziehung zu dem Inhalt dieses Möbels gestanden. Schreiner Wirthwein überreicht dem Präsidenten eine Berechnung der Quantität des Holzes, welches durch die Verbrennung dieses Möbels verzehrt worden sei. Der Präsident verschiebt die nächste Sitzung aus billiger Rücksicht auf die Geschwornen, welche nach solcher heftigen Anspannung der Erholung bedürf- ten, auf Montag, den 18. d. M., 10 Uhr Vormittags. (D. P. A. Z.)

Donauessingen, 13. März. In der verfloffenen Nacht ist Ober- lehrer Diemann von hier, welcher wegen Hochverraths zu einer 6-jähri- gen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, aus seiner Wohnung, wo er wegen angeblicher Kränklichkeit bewacht wurde, entflohen. Er ließ sich an einem Wagenfel vom zweiten Stock herunter, wahrscheinlich während sein Wäch- ter schlief. Bis jetzt sind die sofort angestellten Nachforschungen nach dem Entflohenen erfolglos geblieben. (B. Z.)

Meppen, 17. März. Die Unterhandlungen zwischen dem hannover- schen Ministerium und der Kanzlei des Herzogs von Ansbach-Meppen in Brüssel wegen der Abtretung der Hoheitsrechte des Herzogs von Ansbach über das Herzogthum Meppen an die Krone Hannover werden gegenwär- tig in Brüssel auf das Eifrigste betrieben. (H. C.)

Frankfurt a. M., 18. März. Der von dem Könige von Däne- mark als Herzogl. holsteinischer Bevollmächtigter hierher gesandte Herr v. Bülow ist gestern plötzlich von hier unverrichteter Sache nach Kopenhagen abgereist, nachdem er erst vor acht Tagen den Gasthof verlassen und eine Privatwohnung bezogen hatte. (D.R.)

Von der Eider, 14. März. Vor einigen Monaten bemerkten wir in Veranlassung einer Aeußerung, daß „Fädrelandet“ über die von den Professoren Droggen und Samwer zu erwartende Schrift: „Fädrelandet möge seine voreilig geäußerte Meinung von dem verrätherischen Bestreben des Herzogs von Augustenburg, sich eine Krone zu verschaffen, bis zum Erscheinen dieser Schrift suspendiren, weil möglicher Weise durch dieselbe der Beweis geführt werden könne, daß, wenn der Herzog von einem sol- chen Streben beseelt gewesen wäre, er auf die Unterstützung von Personen hätte rechnen können, die dem Fädreland nahe standen.“ Dies nahm Fä- drelandet damals sehr übel auf und überschüttete uns wie den Herzog von Augustenburg mit Schmähungen aller Art, indem es zugleich behauptete, jene Bemerkung enthalte nur eine ohnmächtige Drohung, und einen solchen Beweis würde man wohl schuldig bleiben. Wir haben seitdem geschwie- gen; nachdem aber nunmehr die erwähnte Schrift erschienen ist unter dem Titel: „Die Herzogthümer Schleswig-Holstein und das Königreich Dä- nemark, altentworfene Geschichte der dänischen Politik seit dem Jahre 1806“, kommen wir auf unsere frühere Behauptung zurück und verweisen Fäde- rlandet auf den Brief von Laurids Skau an den Pastor Meyer in Ulkebüll auf Alsen, der in den Beilagen abgedruckt steht. In der Schrift selbst wird über den Brief folgende Aufklärung gegeben: in den ersten Tagen des Januar 1846 machte Laurids Skau eine Rundreise auf Alsen, besuchte unter Andern einen dortigen Geistlichen, Meyer, in Ulkebüll, den er früher nicht kannte, einen Dänen von Geburt und Gesinnung, der sehr häufig

vom Herzog gesehen und von demselben hoch geschätzt wurde. Diesem äußerte Skau, daß seine Partei eine Annäherung an den Herzog wünsche, und da er in Erfahrung gebracht habe, daß Meyer dänisch gesinnt sei, aber zugleich mit dem Herzog in freundschaftlichem Verhältnis stehe, so habe er geglaubt, sich an Niemanden besser mit der Bitte wenden zu können, diese Mittheilung an den Herzog gelangen zu lassen. Der Geistliche erfüllte diese Bitte, erklärte sich jedoch gegen den Herzog, daß er nur übernommen habe, die Aeußerungen Skau's an den Herzog zu überbringen. Der Herzog erwiderte, daß er sich niemals mit einer Partei einlassen würde, am wenigsten mit einer solchen, welche ihm zur Erlangung der dänischen Krone behülflich sein wolle, er rathe auch dem Geistlichen, sich nicht weiter in diese Sache zu mischen und jede weitere Theilnahme abzulehnen. Wenige Tage darauf überbrachte der Geistliche dem Herzoge einen Brief von Laurids Skau, der nichts anderes als ein förmliches Anerbieten an den Herzog ist: „Wenn der Herzog sich mit den Dänen verbindet, so ist Hoffnung da, daß seine Familie eine Carriere machen kann, wie wenige Fürstenhäuser und vielleicht keines.“ Zu dem Ende empfiehlt der Brief: 1) der Herzog müsse der dänischen National-Eitelkeit schmeicheln; 2) der Herzog müsse Holstein für seinen ältesten Sohn bestimmen; 3) er müsse sich mit dem Könige und den Aristokraten auf Seeland arrangiren, damit ein Gesetz erlassen würde, das jeden Fürsten, der fremde Apanage erhalte, von der dänischen Thronfolge ausschließe; 4) die Einführung einer Constitution müsse durch ihn oder mit ihm gesichert sein; 5) Verschwägerung mit der schwedischen Dynastie müsse das Gelingen des Projectes sichern. Am Schlusse heißt es: „Stellen Sie nun alles Angeführte zusammen, so werden Sie sehen, daß mein Plan ist: den Herzog selbst oder seinen zweiten Sohn zum König von Dänemark, und des Herzogs ältesten Sohn zum Herzog von Holstein zu machen.“ Zur Unterstützung dieses Plans erklärt Laurids Skau auf jede Weise bereit zu sein. Daß Laurids Skau dem Fädeland nahe stand, von demselben „der Rittersmann im Bauernittel“ genannt, und sehr protegirt wurde, ist allgemein bekannt. Etwas Anderes aber haben wir nun nicht gesagt, als daß der Herzog, wenn er von dem verrätherischen Bestreben, sich eine Krone zu verschaffen, befehlt gewesen wäre, auf die Hilfe und Unterstützung von Personen hätte rechnen können, die dem Fädeland nahe standen. Dieses zum Verständniß unserer früheren Andeutung und zur Abfertigung des Fädeland. Was nun unsere ebenfalls früher ausgesprochene Meinung über die Politik der beiden letztverstorbenen Könige von Dänemark betrifft, so glauben wir, daß die erwähnte Schrift in dieser Hinsicht Aufklärungen giebt, die jeden Unbefangenen von der Verdetlichkeit derselben für Dänemark überzeugen müssen. Nicht das Wohl Dänemarks war das Ziel dieser durch Intriquen aller Art unterstützten Politik, sondern nur persönliche und einseitige Familien-Interessen waren die kleinlichen Motive derselben. Diesen persönlichen Interessen wurde zuerst Norwegen, dann die Wohlfahrt Dänemarks und zuletzt die Ruhe der Herzogthümer geopfert, und weil die Augustenburgischen Fürsten sich nicht dazu hergeben wollten, an dieser wenig ehrenhaften Politik Theil zu nehmen und gegen ihnen gebotene persönliche Vortheile die Rechte ihres Hauses aufzuopfern und dadurch Verräther an ihrem Vaterlande zu werden, wurden sie auf jede Weise verfolgt und verläumdert. Die Geschichte wird dereinst über das dänische Königshaus wie über das Augustenburgische Fürstenhaus richten, und dann wird es sich zeigen, wer diejenigen sind, die zu „Verräthern“ an Dänemarks Glück und Wohlfahrt geworden.

Lübeck, 18. März. Auf der heutigen Tagesordnung der Bürgerschaft stand zuerst eine in nicht öffentlicher Versammlung zu machende Mittheilung des Senats. Wie verlautet, ist nach geschlossener Verhandlung deren Veröffentlichung durch das Protokoll beschlossen und hat dieselbe den Vorbehalt der Bürgerschaft bei ihrer Beitritts-Erklärung zum Dreikönigs-Bunde in Beziehung auf den eigenen Rücktritt vom Bündnisse, falls einer von den ursprünglichen drei Contrahenten zurücktreten würde, zum Gegenstande gehabt. Die Bürgerschaft hat nun, in Uebereinstimmung mit dem Bürger-Ausschusse, ihre Erklärung dahin abgegeben, wie sie, ungeachtet des Rücktritts Hannovers, zur Zeit noch keine Veranlassung finde, von jenem Vorbehalte Gebrauch zu machen. Da nach diesem Beschlusse das Verharren Lübecks beim Bündnisse vom 26. Mai v. J. für jetzt noch feststeht, so wird am Donnerstag die Wahl des Abgeordneten zum Volks-hause stattfinden.

Flensburg, 17. März. Die dänischen Kriegs-Dampfschiffe scheinen jetzt wieder unsere täglichen Gäste werden zu sollen. Augenblicklich liegen an der Brücke „Aegir“ und „Hella“.

— Diese Woche wird wieder eine regelmäßige Dampfschiffahrt zwischen hier und Kopenhagen eröffnet. Eines der vorerwähnten dänischen Kriegs-Dampfschiffe wird morgen wieder abgehen; dagegen erwartet man das größte der dänischen Kriegs-Dampfschiffe, den „Holger Danske“. Es heißt, daß hier fortan beständig Dampfschiffe zur Disposition der Landes-Verwaltung liegen werden.

— In den ersten Tagen voriger Woche ist plötzlich Leben in das auf Alsen stehende dänische Militair gekommen. Soldaten, die von Alsen nach Sundewitt permittirt waren, wurden zwei Tage nach ihrer Beurlaubung wieder einberufen. Auch hören wir, daß von Alsen Kanonen in die dänischen Verschanzungen am Sundewittschen Ufer gebracht worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. März. Aus London vom 16., Abends, erhalten wir nachfolgende Mittheilung: Die Herren C. J. Hambro und Sohn bringen durch ein heute Nachmittag erlassenes Circular zur Anzeige, daß sie in Uebereinstimmung mit der vom dänischen Reichstage am 9. März v. J. erteilten Vollmacht, mit dem dänischen Finanzminister eine Anleihe von 800,000 Pfd. Sterl. zu 90 mit 5 pCt. Zinsen contrahirt haben. Diese Anleihe soll in jeder Beziehung auf gleichem Fuße stehen mit der im Jahre 1849 contrahirten. Die Einzahlungen geschehen in folgenden Terminen: 20 pCt. sofort, 20 pCt. am 15. April, und dann jeden 15. der folgenden Monate 10 pCt. Der Disconto bei Einzahlung des Ganzen ist 3 pCt. Die Landsteuer wird auch für diese Anleihe speciell zur Zahlung der Zinsen und successiven Amortisation verwandt; zu welchem Zweck der jährliche Ueberschuß von 217,642 Pfd. St. 10 Pence disponibel ist. Es werden 5000 Obligationen, jede zu 100 Pfd. Sterl., 400 von 500 Pfd. Sterl. und 100 zu 1000 Pfd. Sterl. ausgegeben. — Die ersten halbjährlichen Coupons werden am 1. September ausgezahlt. — (Leider

ist das Handlungsgeschäft ein halb-deutsches, — hoffentlich werden unsere Börsen sich an dieser gegen uns negociirten Anleihe nicht betheiligen!)

(H. N.)

Kopenhagen, 19. März. Faedrelandet will wissen, daß General v. Bonin vom dem Oberkommando in Holstein zurücktreten und General-Major v. Jastrow dasselbe übernehmen werde.

— Vorgestern sind die Kriegsdampfschiffe „Holger Danske“ und „Hella“ nach der Ostsee abgegangen. Die Fregatte „Thetis“ liegt segelfertig. Durch das wieder eingetretene Frostwetter ist die hiesige Binnen-Rede wieder mit Eis belegt und abgehende und ankommende Dampfschiffe müssen sich durchzehen lassen.

(D. N.)

Oesterreich.

Wien, 18. März. Sämmtliche Wiener Blätter bringen heute folgende telegraphische Depesche aus Triest, vom 17. März Abends 9 Uhr 18 Minuten. Boot (Schiff) Nr. 20 um 7 Uhr Abends mit 27 Passagieren von Alexandrien direkt in 170 Stunden angekommen. Corfu, 14ten März. Die Nachricht der Aufhebung des Blocus in Griechenland wird bestätigt, circa 100 Schiffe bleiben in Händen der Engländer bis zur gänzlichen Beendigung der englisch-griechischen Frage. Ein Theil der englischen Flotte, sagt man, wäre nach den Dardanellen gesegelt. Eingelangt um 9 Uhr Abends.

— Man schreibt der Bresl. Ztg.: Statt der in dem Vertrage des Finanzministers an den Kaiser beantragten Militair-Reductionen, welche in der Auflösung der Freicorps und der 5ten Bataillone der Infanterie-Regimenter, sowie in der Beurlaubung der Landwehr-Truppen bestehen sollten, ist nunmehr die Errichtung der 6ten Bataillone bei den Fußtruppen angeordnet worden, wodurch der Stand des Regiments auf mehr als 7000 Mann erhöht wird. Zu diesem Ende werden die Dienstpflichtigen unter der jüngst entlassenen Mannschaft der Freicorps wieder zu den Föhnen gerufen und den regulären Truppenkörpern eingereiht, so wie fortwährend starke Honved-Transporte entsendet, welche die Cadres der neuen Bataillone ausfüllen sollen. Während aus Preußen die Nachricht von Entlassung herüberkommt, finden bei uns neue Rüstungen statt, deren Zweck Niemand mit Bestimmtheit anzugeben weiß und von denen man nicht begreift, wie die zerrütteten Finanzen des Staates solche Bürde werden tragen können. Ueberdies wächst die Stärke Oesterreichs unter den obwaltenden Umständen keinesweges mit der Stärke des Heeres, und nicht wenige Stimmen lassen sich hören, die dem Staate ernste Gefahren prophezeien, die sich aus dem Schooße der bewaffneten Macht entwickeln werden. Ein geistreicher Offizier von patriotischem Freimuth erklärte sich unlängst über die inneren Zustände des k. k. Heeres dahin, daß dasselbe demalen aus drei Parteien bestehe: aus den Unzufriedenen, aus ungarischen und italienischen Insurgenten und aus verlässlichen Soldaten. — Die insurrectionellen Elemente — äußerte derselbe — bieten keinerlei Garantie dar, und sind im Falle kriegerischer Unfälle eine große Gefahr, die Unzufriedenen, die über ihre Lage überhaupt oder in Bezug auf die barbarische Disciplin mißvergnügt sind, dürften unter gewissen Umständen leicht mit jenen gemeinchaftliche Sache machen, und diese beiden Parteien sind jedenfalls so stark, um den pflichtgetreuen Theil zu überwältigen.

— In Laibach hat ein Franziskaner von der Kanzel herab die Eisenbahnen als ein „Werk des Satans“ bezeichnet. Es wird allgemein bedauert, daß dies nicht wahr ist, wir würden dann nicht so viel Geld zum Baue nöthig haben.

— Der Aufstand in der bosnischen Kraina gewinnt fortwährend an Ausdehnung und Anhang. Der Bezier fühlt sich nicht stark genug, gegen die Insurgenten zu Felde zu ziehen und traf bisher noch keine entschiedene Offensiv-Maßregeln, sondern hält seine Truppen in Travnik konsignirt. Die Anhänger des Beziers in der Kraina, denen es nicht gelang, in das tiefere Bosnien zu entfliehen, irren in den Wäldern am österreichischen Kordon umher, und möchten gern von dieser Seite ein zeitweiliges Asyl finden. Ein Musselim und ein Bey haben bereits um Aufnahme, welche ihnen auch von dem Kordons-Kommando gewährt werden dürfte.

Prag, 17. März. Einem Gerücht zufolge soll das böhmische Observations-Korps bis auf 120,000 Mann vermehrt und auch um Prag herum eine bedeutende Truppe am concentrirt werden, zu welchem Zweck bereits starke Truppenmärsche stattfanden. Man fragt sich hier ängstlich, gegen wen diese Maßnahmen getroffen werden. Auch wird hier in der Stadt, so zu sagen, jeder Winkel besetzt und zu einer festen Position umgewandelt, was die Furchtsamen noch mehr einschüchtert. Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß alle diese Maßnahmen sehr nachtheilig auf den Handel wirken, der ohnedies schon durch das Verschwinden aller Silbermünzen sehr leidet. In dem hiesigen Münzamt wurde im Verlaufe von drei Monaten über drei Millionen Silbermünzen geprägt, die aber alle, ohne daß man weiß wohin, verschwunden sind.

— Aus Leitomischel wandert zu Pfingsten eine große Anzahl Bürger nach Amerika. Eben dahin werden in diesem Jahre aus ganz Böhmen zahlreiche Auswanderungen stattfinden.

— Unsere offiziellen Blätter bringen die Kundmachung einer Vicitation wegen Herstellung des Oberbaues auf der Staats-Eisenbahnstrecke von Aussig bis an die sächsische Grenze. Der Bau muß alsbald beginnen und spätestens zu Ende August 1850 beendet sein.

(Schl. Z.)

Pesth, 15. März. Die Pesther Zeitung veröffentlicht folgende wichtige Kundmachung, durch welche die gänzliche Befreiung der ungarischen Nationalgarden von der Affentirung ausgesprochen wird: „Im Nachtrage zu meiner Kundmachung vom 10. d. M., die Affentirung von Nationalgarden betreffend, bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß Se. Maj. der Kaiser und König nunmehr mit allerhöchster Entschließung vom 12. d. M. anzubefehlen geruht haben, daß die Abstellung der Nationalgarden zum k. k. Militair — ob dieselben ausmarschirt waren oder nicht — nicht mehr stattfinden soll, und daß die bereits affectirten wieder zu entlassen seien. Es versteht sich übrigens hierbei von selbst, daß insofern Individuen, die in der Nationalgarde eingereiht waren, nach den allgemeinen Rekrutirungsvorschriften noch der Militairpflicht unterliegen, diese Pflicht fortan aufrecht zu bleiben habe. Möge dieser allerhöchste Gnadenakt dazu beitragen, die im Lande vorherrschende befriedigende Stimmung allgemein zu machen und vollkommen zu befestigen, damit die dem Lande durch die Revolution geschlagenen Wunden bald vernarben und ein gedeiblicher Boden für die Segnungen des Friedens gewonnen werden könne. — Hauptquartier Pesth, am 15. März 1850. — Der k. k. Civil- und Militair-

Schweiz.

— Die Hauptfrage des Tages, die überall lebhaft besprochen wird, ist die in Basel versuchte Proscription eines Publicisten. Alt-Rathsherr Heusler, Redakteur der „Basl. Z.“, hatte in der Nummer vom 9. einige Vorschläge gemacht, wie seiner Meinung nach die (Neuenburgs wegen) zwischen Preußen und der Schweiz bestehende Differenz ausgeglichen werden könne; die gegenwärtige, aus der Revolution hervorgegangene Regierung sollte abtreten und einer vom Bundesrathe und dem Könige von Preußen gemeinsam eingesetzten Regierungs-Commission Platz machen, worauf die Uebergabe des Landes von Seiten des Fürsten an die Schweiz Statt zu finden hätte; den misshandelten Staatsrathen wäre Genugthuung zu leisten, der Fortbestand der vom Fürsten begründeten oder begünstigten Stiftungen zu garantiren, und endlich eine Reconstitution des Landes nach dem Ausdrucke der wahren Volksstimmung einzuleiten. Dabei vergaß sich Herr Heusler so weit, daß er die Revolution vom 1. März 1848 „ein Vuben-juich, einen Scandal, unwürdig einer civilisirten Nation“ nannte! Herr Heusler hat Unglück in seiner publicistischen Thätigkeit; als er im Jahre 1847 die von allen Liberalen als das Symbol des gemeinsamen Vaterlandes verehrte eidgenössische Schützenfahne einen „wir hloßen Fegen“ nannte, mußte er sich für eine Zeit lang aus dem conservativen Basel flüchten, und auf dem eidgenössischen Schützenfeste zu Glarus wurde er von öffentlicher Tribüne, unter allgemeiner Acclamation der Versammlung, fast als Vaterlandsverrätther gebrandmarkt. Diese Erfahrung scheint an Herrn H. ohne Nutzen vorübergegangen zu sein, sonst hätte er sich wohl gebüet, das Nationalgefühl so empfindlich zu verletzen. Die Entrüstung über die unpatriotische Sprache ihres Mitbürgers bewog Tags darauf, nachdem der Artikel erschienen, 70 Bürger und Einwohner von Basel, auf den folgenden Tag, den 11., eine Volksversammlung auf der Schützenmatte zu veranstalten. Es versammelten sich daselbst gegen 1000 Baseler, die ihrer Erbitterung durch eine „Protestation“ Luft machen zu sollen glaubten; es heißt darin: „die Aeußerung der „B. Z.“ sei der größte Hohn, der je gegen die freisinnigen Schweizer geschleudert sei; sie sei eine gemeine Beschimpfung der Regierung und des Volkes von Neuenburg, so wie der Bundesversammlung und aller Cantons-Regierungen, die für die Aufnahme Neuenburgs in den Bund gestimmt; es liege darin eine Aufsehnung gegen die Bundesverfassung, ein Versuch zum Landesverrath; der Verfasser verdiene als ein Mensch von unschweizerischer Gesinnung allgemeine Verabscheuung, und sei unwürdig, länger im Großen Rathe zu sitzen, weshalb die liberalen Großräthe aufgefordert werden, auf den Ausschluß Heusler's anzutragen, oder, falls dieser Antrag nicht durchgehen sollte, dann selbst in Masse auszutreten.“ Hr. H. entschuldigt sich ziemlich kleinlaut: er habe mit seinen Vorschlägen ja gerade bezweckt, Neuenburg unaufheblich an die Eidgenossenschaft zu ketten. Schwerlich wird übrigens der Große Rath auf die beantragte Ausschließung eingehen. (Heusler mag anderwärts seine Unpopularität in der Schweiz verdient haben; der obige Vorschlag dünkt uns doch nichts weniger als unpatriotisch! Neuenburg geht unmittelbar den preussischen Staat nichts an, aber der preussische Staat will doch so wenig seinen König wie den geringsten seiner Staatsbürger ohne Genugthuung an seinen Rechten und Ehren kränken lassen. Noch wollen wir friedlich unterhandeln und hoffen auf billiges Entgegenkommen, — sonst aber wird uns Palmerston's Beispiel in Athen nicht verloren sein.)

(R. 3.)

Frankreich.

Paris, 18. März. Der Präsident der Republik soll den Mitgliedern der Majorität, die er nach den Pariser Wahlen vom 10. März hatte zu sich beiseiden lassen, ausdrücklich erklärt haben, er gedenke sich streng innerhalb der Verfassung und der Gesetzlichkeit zu halten, allein er wünsche mehr als je eine vollständige Eintracht zwischen der Regierung und der National-Versammlung, um Frankreich retten zu können. Wenn dieses Ziel erreicht sei, soll er hinzugefügt haben, so wolle er ins Privatleben zurücktreten; allein bis dahin sei er entschlossen, seine Schuldigkeit und Nichts als seine Schuldigkeit zu thun.

— Es hieß heute Nachmittag in der National-Versammlung, daß übermorgen folgende zwei Gesetze von der Regierung vorgelegt werden sollen: 1) zur Wiederherstellung des Zeitungsgeldes und Erhöhung der Caution von 24,000 Frks. auf 50,000, 2) zur gänzlichen Aufhebung der Wahlversammlungen.

— Der Zustand von Paris seit dem beklagenswerthen Resultat der Wahlen ist ein völlig anderer geworden. Die Theater, die, da sich ihre Logen wieder füllten, schon die Republik zu vergessen angingen, bemerkten sie plötzlich wieder an den leeren Bänken. Sie können sich, was ihre Einnahme anlangt, wieder in den schönen Tagen der provisorischen Regierung wähnen, wo die Schauspielhäuser auch leer waren, weil das Theater sich in den Clubs, oder auf den Ballons der Boulevards befand, um die friedlichen Manifestationen anzuschauen, die aber nichts desto weniger sehr drohend waren. (So daß Besiktand, Glück, Heiterkeit, und selbst die Fremden aus Paris fluchteten.) Das Boulevard hat indessen in dieser Woche den Leidenschaften der Menge geschmeichelt, indem es sich mit Politik beschäftigte. Allein die Politik ist jetzt zu ernst, um mit ihr zu spielen; man muß aufhören, dies zu thun, wenn sie nicht mit uns spielen soll. Seit den Wahlen hat Paris ein ernstes Angesicht; es lacht nicht mehr, es scherzt und spottet nicht mehr, träumt nicht mehr heiter sorglos dahin. Die Furchen der Sorge und des Schreckens bezeichnen seine Stirn. Es nimmt nun auch die Politik ernst. Es war ein großes Unrecht, daß die Regierung es gebuldet hat, die Parteien und ihre Leidenschaften in Scene zu setzen und zur Belustigung zu verwenden. Denn wir sind nicht mehr in den Zeiten Mazarins, der da sagte: „In Frankreich endigt Alles durch Chançons.“

— Der Eigenthümer des „Constitutionnel“, Herr Beron, soll in Bezug auf die zu erwartenden Pressgesetze zum Präsidenten der Republik gesagt haben: „Wenn Sie sich zum Polignac oder Peyronnet machen, so mache ich mich zum Sozialisten.“ — (??)

Paris, 19. März. Abends 8 Uhr. (Telegr. Depesche der Const. Zeitung.) Man erwartet strenge Maßregeln gegen die Presse und die Wahlversammlungen.

— Man schreibt aus Algier: „Das Landen der politischen Transportirten hat am 3. März angefangen; 224 sind in Bona gelandet. Zwei Tage später kamen 200 andere Insurgenten unter Begleitung einer Abtheilung der mobilen Gend'armee an. Der Einzug erfolgte nicht ohne politische Demonstration von

Seiten der Flüchtlinge. Der Ruf: „Es lebe die demokratisch-socials Republik“, wurde von einigen dieser Antömmlinge gehört.“

Italien.

Rom, 7. März. Der Nazionale berichtet, daß man dem Einzug der Oesterreicher in Rom für den 13. März mit Bestimmtheit entgegenzähe, bemerkt jedoch dabei, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die Franzosen Rom, wie man behauptet, räumen würden, da dieselben ungeheure Vorräthe aller Art in Rom anhäufen.

— Der General Kalberrmatten hat, wie das Osservatore romano berichtet, das römische Kriegsministerium endlich übernommen.

Von der Adria, 10. März. Neben den anhaltenden Truppensendungen nach Dalmatien finden dergleichen in neuester Zeit auch nach Ancona Statt. In Triest wurde vorgestern ein ganzes Bataillon des Regiments Hohenlohe dahin eingeschifft, und allgemein spricht sich die Meinung aus, daß diese Verstärkungen für den bevorstehenden Marsch österreichischer Truppen nach Rom bestimmt seien. Der Papst hatte erklärt, daß er in der ausschließlichen Besetzung seiner Hauptstadt durch Soldaten der französischen Republik keine Sicherheit für den Fortbestand der Ruhe anerkennen vermöge. Da aber Oesterreich bereits drei Städte des Kirchenstaats, Ancona, Bologna und Ferrara, occupirt hat, seine Herrschaft in Italien auf eine schlagfertige Armee von 200,000 Mann stützt und damit auch den Großherzog von Toscana auf seinem Throne aufrecht erhält, so scheint Papst Pius darauf größeres Vertrauen zu setzen, als auf die Versicherungen des republikanischen Frankreichs, welches auch jetzt noch der Schirm und Schutz des Katholicismus bleiben wolle. Wenn wir recht berichtet sind, würde das österreichische Hülfscorps 5000 Mann betragen, auf die gleiche Zahl würde die französische Besatzung ermäßigt werden; das spanische Contingent soll 4000 Mann stark sein. Hierzu gerechnet die zwei wiederhergestellten schweizer Regimenter, gäbe dies eine Garnison von 20,000 Mann, und damit, hofft man, ließe sich die Rückkehr zur weltlichen Herrschaft wagen.

— Seit einiger Zeit circulirt durch ganz Italien ein sonderbares Buch, welches den Titel führt: „Einzige Wege zur Befreiung Italiens.“ Dieser einzige Weg ist kein anderer, als Uebertritt der katholischen Italiener zum Protestantismus und in Folge davon die nothwendige Vertreibung des Papstes. Das Merkwürdigste ist, daß der Verfasser der Schrift ein römischer Mönch ist, welcher sich der Revolution angeschlossen hatte. (Köln. Ztg.)

Großbritannien.

London, 16. März. Das Unterhaus hat die vom Kanzler der Schatzkammer geforderten Subsidien im Betrage von 9,200,000 Pfd. St. bewilligt.

— Lord John Russell zeigte gestern positiv an, daß er im Namen der Regierung nach den Osterferien eine Bill, die Aufhebung des Amtes eines Lord-Lieutenants in Irland betreffend, vorlegen werde.

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 20. März. Die heutige Ostsee-Zeitung enthält einen Bescheid der Minister v. d. Heydt und v. Schleinitz vom 6. d. Mts. an die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Königsberg über den jetzigen Stand der dänischen Frage. In demselben heißt es:

„Wir glauben die zuversichtliche Hoffnung aussprechen zu können, daß nach dem jetzigen Stande der Dinge und wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände dazwischen treten, der Wiederausbruch des Krieges zwischen Preußen und Dänemark nicht zu besorgen sein wird.“

Greifswald, im März. Der Regierungspräsident v. Wedell in Stralsund hat an der Spitze des dritten Stückes des dortigen Amtsblattes vom 17. Januar d. J. einen „Aufruf“, wie er die Ansprache selbst nennt, erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Preußen findet in Erfurt einen schweren Stand. Es werden ihm dort entgentreten die Anhänger der Demokratie, die der Frankfurter-Gothaer Richtung, die Eifersucht anderer Staaten, und die thätige Partei, welche ein katholisches Fürstenhaus an die Spitze Deutschlands bringen möchte. Ich richte deshalb die Bitte an die Bewohner des Bezirks, die nur eine solche deutsche Einheit wollen, von der leider vorherrschenden Gleichgültigkeit gegen die Wahlen zu lassen, denselben ein lebhaftes Interesse zuzuwenden, ihr Augenmerk dabei nicht auf Männer zu richten, deren politische Richtung zweifelhaft oder nicht fest ist, die an Preußen nicht durch Geburt und heimatliche Verhältnisse gefesselt werden, die das Land nicht kennen, und nicht aushalten würden in dem Kampfe, der sie in Erfurt erwartet, sondern auf Männer, die Preußen ganz angehören, die ein warmes Herz haben für Preußen und für sein Königshaus, die mit den Verhältnissen des Landes vertraut sind, die auf sofortige Revision des gedachten Verfassungs-Entwurfs hinarbeiten, und in den Reihen der Kämpfer für die deutsche Einheit unter Preußens mächtiger Führung allezeit die Vordersten sein werden.“

Wir wissen nicht, ob Einer der Abgeordneten aus dem Regierungsbezirk Stralsund den Herrn Minister des Innern gefragt hat, wie er sich zu diesem Verfahren des Regierungspräsidenten verhalte und in wiefern er also eine Verantwortlichkeit dafür übernehme. Wir halten aber dafür, daß der Herr Regierungspräsident in seinem Aufrufe nicht bloß die Grenzen der einem Regierungspräsidenten durchaus nothwendigen Besonnenheit überschritten, sondern auch zu einem Mißtrauen gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel Anlaß gegeben hat. In dem Aufrufe des Herrn Regierungspräsidenten ist ein öffentlicher amtlicher Tadel der deutschen Politik des Ministeriums enthalten und zwar in dem Sinne, daß dasselbe die Interessen und die Stellung Preußens aufzuopfern im Begriff stehe, woran die preussischen Abgeordneten es verhindern müßten. Derselbe spricht eine Verdächtigung gegen die Anhänger politischer Parteien aus, welche man kaum im Privatleben Jedem verzeihen würde. Daß der Herr Regierungspräsident mit der Beschwörung der Bewohner seines Bezirks, nur eingeborne Preußen zu wählen, der klaren Absicht des Wahlgesetzes entgegenwirkt, leuchtet von selbst ein. Daß er aber damit gewisse, Preußen angehörige Männer, die jedoch nicht von Geburt Preußen sind, habe verdächtigen wollen, ist die öffentliche Meinung. Jedenfalls steht fest, daß sein „Aufruf“ eine Wahlagitatioen enthält, welche gegen alle constitutionellen Formen verstößt und geeignet ist, zwischen die Nation und die Krone das verderblichste Mißtrauen zu pflanzen. (E. 3.)

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-
Preis für Nicht-
Abonnenten der
Zeitung pro Mo-
nat 1/2 Sgr.; frei
in's Haus:
2/2 Sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis
6 pf. für die drei-
spalt. Petitzeile.
Erscheint täglich,
excl. der Sonn-
und Feiertage, Vor-
mittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 69.

Freitag, den 22. März.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Desillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Dberwiel.

Eingepfändete Fremde.

Vom 20. März.

Hotel de Prusse. Kaufleute Wendorf aus Anklam, Martens aus Newcastle, Krüger, Balthar aus Berlin.

Drei Kronen. Gutsbesitzer Witte - Bornfeld aus Plantadow; Rentant Knapp aus Jansen; Gärtner Batt aus Gaden; Ingenieur Gretsche, Schlossermeister Beck aus Prag; Kaufleute Schwarz a. Liegnitz, Marcus aus Posen, Jelle aus Köhrden, Bernhardt aus Berlin, Wistendorf aus Norwegen.

Hotel du Nord. Reg. Rath Schlot aus Königsberg i. Pr.; Ober-Gerichts-Assessor Schlot aus Driesen; Kaufleute Schilling a. Schönlande, Eschenberg aus Lübeck.

Partwig's Hotel. Partifuller Zahns aus Schwirsenz; Kaufleute Jasse, Kunze, Pücker aus Gollnow, Schmidt aus Berlin.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zur meistbietenden Verpachtung des königlichen Domainen-Vorwerkes Kessin, Amts Clemmendorf, im Demminer Kreise, mit 1915 Morgen 72 □ Ruthen, von größtentheils vorzüglicher Boden-Beschaffenheit, auf die 24 Jahre von Trinitatis 1850/74, ist auf

Mittwoch, den 10ten April d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Geschäftslokale der unterzeichneten königlichen Regierung hieselbst ein Termin anberaumt.

Dies bringen wir mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniss, dass unsere Amtsblätter und der Preussische Staats-Anzeiger die ausführlichere Bekanntmachung der näheren Data enthalten, das Minimum des Pachtpreises auf 3030 Thlr. Courant festgesetzt ist, und die speciellen Verpachtungs-Bedingungen vom 18ten März ab sowohl in unserer Domainen-Registratur hieselbst, als auch auf dem königlichen Domainen-Amte zu Clemmendorf bei Dreptow a. d. L. eingesehen werden können.

Stettin, den 1ten März 1850.

Königliche Regierung; Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag des Pfandleihers L. Primo dahier sollen die bei demselben niedergelegten, seit 6 Monaten und länger verfallenen Pfänder, bestehend aus Gold- und Silbersachen, Uhren, Kleidungsstücken, Leinwand, Betten etc.,

am 22ten April c. und an den folgenden Tagen, jedesmal von 9 Uhr Vormittags ab, in dem Geschäftslokale des Pfandleihers Primo, durch den Herrn Kommissions-Rath Reisker öffentlich versteigert werden.

Demgemäß werden alle diejenigen, welche bei dem 1c. Primo Pfänder, die seit 6 Monaten und länger verfallen sind, niedergelegt haben, hierdurch aufgefordert, diese Pfänder noch vor dem Auktions-Termin einzulösen, oder, falls sie gegen die kontrahirte Schuld gegründete Einwendungen zu haben vermeinen, solche dem Gerichte zur weiteren Verfügung anzuzeigen, widri-

genfalls mit dem Verfaufe der Pfänder verfahren, aus dem eintommenden Kaufgelde der Primo wegen seiner im Pfandbuche eingetragenen Forderung befriedigt, der etwa verbleibende Ueberschuss aber an die Armentasse abgeliefert und demnach Niemand weiter mit Einwendungen gegen die kontrahirte Pfandschuld gehört werden wird.

Stettin, den 30ten Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Wir wollen die Lieferung von 84 Schock Dachrohr nach den Invalidenhäusern dem Mindestfordernden überlassen, und ersuchen Verkäufer, ihre Forderungen portofrei einzureichen.

Stettin, den 20ten März 1850.

Die Deconomie-Deputation des Magistrats.

Bekanntmachung.

Die Licitation von Holz auf dem Stamm in der Armbeider Forst wird am nächsten Dienstag, den 26ten d. M., Vormittags 10 Uhr, fortgesetzt.

Stettin, den 20ten März 1850.

Die Johannis-Kloster-Deputation.

Auktionen.

Auktion am 25ten März c., Vormittags 9 Uhr, Hofmarkt No. 723, über Kupferstiche, gut erhaltene Möbel, namentlich: Sopha, große Spiegel, Bücher- und andere Spinde, Tische, Stühle, Haus- und Küchengeräth etc.

Reisker.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Das Grundstück No. 296 am Rosengarten soll auf den Wunsch der Eigentümerin am 27. März c., Nachmittags 4 Uhr, in dem Geschäfts-Lokale des Unterzeichneten meistbietend verkauft werden.

Krause, Justizrath.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Ein dreigängiger Feuer ist zu verkaufen in Grabow bei Pust, No. 24 a.

Dampfmehl-Niederlage.

Feinstes Weizen- und Roggen-Dampfmehl von anerkannt bester Qualität, sowie Weizen-Gries in allen Nummern wird en gros und en detail billigst verkauft bei

F. W. Hahn, Küsterstr. No. 43.

Nudel-Lager.

Fadenmudeln (weiß und gelb), Griesmudeln, Strangmudeln, Ciernudeln, Bundmudeln, Einsammudeln, Facommudeln, sowie italienische Macarony etc. in Kisten und ausgewogen billigst bei

F. W. Hahn.

Feine weiße Bohnen, beste Koch-Erbfesen, Linsen, Hirse, Hafer- und Buchweizengrünze, Gerstengrünze, Hanfsamen, Canariensamen, Rübsamen und Vogelfutter verkauft zu herabgesetzten Preisen

F. W. Hahn.

Graupen-Lager.

Mein Graupen-Lager ist vollständig assortirt, und kann ich namentlich bei Abnahme von größeren Posten sehr billige Preise stellen.

F. W. Hahn.

Feinste Weizen-Stärke, Kraftmehl, Kartoffelmehl, Schwaden und Mannagrünze, mehrere Sorten feinstes Waschblau in bester Qualität sehr billig bei F. W. Hahn.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Pensionaire finden Aufnahme beim Dr. Beschmann, Lehrer a. Gymnasium, Pelzerstraße No. 803.

Ich sehe mich zu der Bekanntmachung genöthigt, dass Niemand von mir den Auftrag hat, Waaren in meinem Namen auf Kredit zu entnehmen, oder Zahlungen für mich anzunehmen. Dies gilt namentlich in Bezug auf mein Restaurations-Geschäft im hiesigen Bahnhof. Ich werde daher solche, auf meinen Namen contrahirte Schulden und geleistete Zahlungen nicht anerkennen, sofern nicht eine schriftliche Genehmigung meinerseits erteilt ist.

Wittwe Leutner.

Ergebenste Anzeige.

Durch die von mir jetzt ganz neu und eigenthümlich wunderbar wirkenden Mittel bin ich in den Stand gesetzt, Ratten, Mäuse, sowie Schaben, Wanzen, Moten, Ameisen etc. in ganz kurzer Zeit zu vertilgen, und bemerke ich, dass diese Mittel durchaus ohne Giftgehalt sind. Da ich Ende dieser Woche in Stettin eintreffe, so bitte ich, die Bestellungen in der Expedition d. Bl. gefälligst abgeben zu wollen.

F. Rudolph,

Königl. Preuss. concess. Kammerjäger aus Berlin.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Heute Freitag, in der Zeichentafel des Gymnasiums um 8 Uhr, Passionspredigt:

Herr Pastor Ddebrecht.

In der hiesigen Synagoge predigt am Sonnabend den 23. März, Morgens 10 Uhr:

Herr Rabbiner Dr. Meisel.

Bermischtes.

Berlin, 20. März. Durch den Haupt-Finanz-Etat pro 1850 ist zu außerordentlichen Unterstüzungen für die am geringsten besoldeten Volksschullehrer die Summe von 25,000 Thlrn. dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur Disposition gestellt worden. Es ist dem Herrn Minister möglich gewesen, dieser Summe 12,500 Rthlr. aus den Fonds des ihm anvertrauten Ministeriums zuzufügen zu lassen. Den verschiedenen Regierungen sowohl als auch dem Provinzial-Schul-Kollegium zu Berlin ist je nach dem in ihren Verwaltungs-Bezirken vorhandenen Bedürfniss ein entsprechender Theil jener 37,500 Rthlr. zur Verwendung nach pflichtmäßigem Ermessen überwiesen worden.

(D. Ref.)

Berlin. Ueber die passive Feier des 18. März wird der N. Pr. Ztg. aus guter Quelle noch mitgetheilt, dass die Demokratie denselben durch eine Illumination feiern wollte, und zwar durch eine von der Art jener an den Artillerie-schuppen. Man hat nemlich nicht allein mehrere Personen, mit Pfeiffrägen versehen, aretirt, sondern es wurden auch brennende Pfeiffrägen über die Stadtmauer geworfen und ein solcher brennend auf einem Stalldache der sogenannten Bie-

trug am Landsberger Thor gefunden. Höchst wahrscheinlich rechnet man dergleichen Illuminationen nicht zu den „Konflikten“. Von den Herren, welche die Ermahnung erlassen, nicht nach dem Friedrichshain zu gehen, wurden mehrere dennoch in der Nähe desselben bemerkt. Auf dem Alexanderplatz wurden in den Zwischenzeiten der wiederholten Säuberung durch die Mannen in einzelnen Gruppen Neben gehalten. Namentlich verkündete ein Subjekt in blauer Blouse, die Schnapsflasche in der Hand, seinen Mitbürgern, dass der Friedrichshain geschleift und alle Freiheiten ausgerottet werden sollten! Zugleich vertheilte der Mann einig Geld an seine Zuhörer, mit der Aufforderung, sich durch einen Schluck zu stärken! Als die Patrouille kam, verschwand die Gruppe sehr schnell. Die Landsbergerstraße entlang zog u. A. ein Trupp, an dessen Spitze ein kleiner Kerl an einer Stange zwei große pappene Konstablerfiguren trug, die er als Pampelmänner unter Abführung demokratischer Lieder zappeln ließ. Uebrigens wurden in den Häufen, wie im vorigen Jahre, wieder vielfach Personen mit Waffen bemerkt.

Zur Erinnerungsfeier des 18. März werden uns nachstehende verbürgte Züge mitgetheilt: In der Nacht des 18. März kämpften zwei gute Kameraden gegen die Aufständischen. Der eine erhielt einen Schuss in die linke Hand und bezog etwas heftig seinen Schmerz. Was klagst du wegen der paar Schrotkörner? sagte der Andre. Ich habe schon lange einen Schuss hier (auf die Brust

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduziert.	21	336,09"	337,95"	337,85"
Thermometer nach Réaumur.	21	— 2,1°	+ 0,2°	— 5,8°